

Sächsisches Amtsblatt

Amtlicher Anzeiger Nr. 41/2024

10. Oktober 2024

Inhaltsverzeichnis

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes
Lungwitztal-Steegenwiesen zur Haushaltssatzung
für das Haushaltsjahr 2025 vom 26. August 2024 ... A 458

Bekanntmachung des Abwasserverbandes Röder-
tal über die Feststellung und öffentliche Auslegung
des Jahresabschlusses 2023 vom 20. September
2024 A 459

Bekanntmachung des Zweckverbandes Naturpark
Erzgebirge/Vogtland über die öffentliche Auslegung
des Entwurfes der Haushaltssatzung 2025 vom
26. September 2024 A 462

Bekanntmachung des Zweckverbandes „Gasver-
sorgung in Südsachsen“ über die öffentliche Aus-
legung des Entwurfs der Haushaltssatzung für das
Haushaltsjahr 2025 vom 24. September 2024 A 463

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirt-
schaft Südwestsachsen (ZAS) zum Beschluss über
die Feststellung des Jahresabschlusses 2023 vom
19. September 2024 A 464

Bekanntmachung des Zweckverbandes Kulturraum
Leipziger Raum über die öffentliche Auslegung des
Entwurfes der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2025 vom 25. September
2024 A 467

Bekanntmachung des Zweckverbandes Kulturraum
Leipziger Raum über die öffentliche Auslegung des
Entwurfes der Nachtragssatzung mit Haushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2024 vom 25. September
2024 A 468

Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-
Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Feststellung
des Jahresabschlusses 2023 vom 25. September
2024 A 469

Bekanntmachung des Regionalen Planungsverban-
des Oberes Elbtal/Osterzgebirge zur Durchführung
der konstituierenden Sitzung der Verbandsver-
sammlung (öffentliche Sitzung) vom 23. September
2024 A 470

Gerichte

Zivilgericht..... A 471

Stellenausschreibungen A 472

Sonstige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen

Bekanntmachung des Abwasserzweckverbandes Lungwitztal-Steegenwiesen zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025

Vom 26. August 2024

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 einschließlich der Anlagen wird vom 14. Oktober 2024 bis einschließlich 22. Oktober 2024 unter der Internetadresse: www.wad-gmbh.de/index.php/wad/AZV/Auslegungen elektronisch zur Verfügung gestellt.

Gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 76 Ab-

satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung haben Einwohner und Abgabepflichtige für die Dauer von 14 Arbeitstagen die Möglichkeit, Einwendungen zu erheben. Diese Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt oder elektronisch zur Verfügung steht.

Über die fristgemäß erhobenen Einwendungen beschließt die Verbandsversammlung in öffentlicher Sitzung.

Remse OT Weidensdorf, den 26. August 2024

Abwasserzweckverband Lungwitztal-Steegenwiesen
Röthig
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Abwasserverbandes Rödertal über die Feststellung und öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses 2023

Vom 20. September 2024

Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes Rödertal hat in ihrer Sitzung am 13. September 2024 den Jahresabschluss auf den 31. Dezember 2023, beschlossen:

Beschluss:

Die Verbandsversammlung stellt den Jahresabschluss auf den 31. 12. 2023 des Abwasserverbandes Rödertal auf der Grundlage des Prüfberichtes der LiSka Treuhand GmbH, Sitz in Dresden fest:

1.	Feststellung des Jahresabschlusses	
1.1.	Bilanzsumme	14.485.631,31 €
1.1.1	davon entfallen auf der Aktivseite auf	
	– das Anlagevermögen	14.194.392,80 €
	– das Umlaufvermögen	271.618,44 €
1.1.2	davon entfallen auf der Passivseite auf	
	– das Eigenkapital	293.253,29 €
	– die empfangenen Ertragszuschüsse	13.536.767,71 €
	– die Rückstellungen	378.968,78 €
	– die Verbindlichkeiten	276.641,53 €
1.2.	Jahresüberschuss	0,00 €
1.2.1	Summe der Erträge	1.402.794,35 €
1.2.2	Summe der Aufwendungen	1.402.794,35 €
2.	Behandlung des Jahresüberschusses in Höhe von	0,00 €
	kein Handlungsbedarf	
3.	Der Jahresabschluss wird auf den 31.12.2023 festgestellt	

Bestätigungsvermerk der LiSka Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft:

An den Abwasserverband Rödertal

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Abwasserverbandes Rödertal – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie den Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Abwasserverbandes Rödertal für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Eigenbetriebe geltenden landes- und handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember

2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Eigenbetriebe geltende landes- und handelsrechtliche Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der

Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen

angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dresden, 29. Juli 2024

LisKa Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Der Jahresabschluss liegt gemäß § 34 Absatz 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung im Rathaus Ottendorf-Okrilla, Radeburger Str. 34 und in der Landeshauptstadt Dresden, Örtliche Verwaltungsstelle Langebrück/Weixdorf,

Rathausplatz 2, 01108 Dresden in der Zeit vom **17. Oktober 2024 bis 25. Oktober 2024** während der Dienstzeiten zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Ottendorf-Okrilla, den 20. September 2024

Abwasserverband Rödertal
Pfeiffer
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2025

Vom 26. September 2024

Aufgrund von § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, in Verbindung mit § 74 Absatz 1 und § 76 Absatz 1 Satz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, wird der Entwurf der Haushaltssatzung 2025 des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland öffentlich ausgelegt.

Die Unterlagen liegen

**vom 11. Oktober 2024 bis
21. Oktober 2024 (7 Arbeitstage)**

in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Naturpark Erzgebirge/Vogtland, Schloßplatz 8, 09487 Schleittau und den Außenstellen, Klingenthaler Straße 25, 08262 Muldenhammer OT Tannenbergsthal und Hinterer Grund 4a, Naturschutzstation, 09496 Pöbershau, während der Dienstzeiten (Montag bis Donnerstag von 7:30 Uhr bis 16:00 Uhr und Freitag von 7:30 Uhr bis 12:00 Uhr) öffentlich aus.

Bis zum Ablauf des 14. Arbeitstages ab dem 1. Tag der Auslegung können Einwendungen gegen den Entwurf erhoben werden (bis zum 30. Oktober 2024).

Annaberg-Buchholz, den 26. September 2024

Zweckverband Naturpark Erzgebirge/Vogtland
Rico Anton
Landrat und Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“
über die öffentliche Auslegung des Entwurfs
der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025**

Vom 24. September 2024

Aufgrund von § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Mai 2024 (SächsGVBl. S. 500) geändert worden ist, in Verbindung mit § 58 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, wird der Ent-

wurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“ in der Zeit

vom 14. Oktober bis einschließlich 22. Oktober 2024

öffentlich in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Markt 1, Zimmer R303 in 09618 Brand-Erbisdorf zu den üblichen Dienstzeiten ausgelegt.

Einwohner und Abgabepflichtige haben für die Dauer von 14 Arbeitstagen die Möglichkeit, Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Diese Frist beginnt mit dem ersten Tag, an dem der Entwurf öffentlich ausliegt.

Chemnitz, den 24. September 2024

Zweckverband „Gasversorgung in Südsachsen“
Dr. Antonow
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS) zum Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Vom 19. September 2024

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen hat in ihrer Sitzung am 19. September 2024 den Beschluss Nr. 3/2024 über die Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2023 gefasst. Der Beschluss wird gemäß § 34 Abs. 2 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung öffentlich bekannt gegeben.

Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Die Verbandsversammlung stellt den von der KJF GmbH geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 fest.

1. Feststellungen

1.1. Bilanzsumme	60.126.587,19 EUR
1.1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf die Bilanzpositionen	
– Anlagevermögen	30.606.023,77 EUR
– Umlaufvermögen	23.468.272,98 EUR
– Rechnungsabgrenzungsposten	45.938,17 EUR
– Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.006.352,27 EUR
1.1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf die Bilanzpositionen	
– Eigenkapital	0,00 EUR
– Rückstellungen	56.835.779,78 EUR
– Verbindlichkeiten	3.290.794,91 EUR
– Rechnungsabgrenzungsposten	12,50 EUR
1.2. Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	1.517.158,31 EUR
1.2.1 Summe der Erträge	36.901.585,10 EUR
1.2.2 Summe der Aufwendungen	35.384.426,79 EUR

2.

Die Verbandsversammlung beschließt, den Jahresüberschuss in Höhe von 1.517.158,31 EUR mit dem vorhandenen Verlustvortrag (11.872.221,76 EUR per 31. Dezember 2023) zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.

3.

Für den zum 31. Dezember 2023 aus den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2020 bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 8.483.333,46 EUR ist bei der Rechtsaufsichtsbehörde die Genehmigung für den über die 3-Jahres-Frist gehenden Verlustvortrag zu beantragen.

4.

Die Verbandsversammlung beschließt für das Jahr 2023 eine Entnahme aus der vom Erzgebirgskreis übertragenen zweckgebundenen Rücklage für laufende Deponieaufwendungen in Höhe von 83.752,71 EUR.

5.

Die Verbandsversammlung beschließt für das Jahr 2023 zur einheitlichen bilanziellen Darstellung der von den ehemali-

gen Altlandkreisen des Erzgebirgskreises für Deponiesanierungen übertragenen zweckgebundenen Rücklagen und deren Entnahmen die buchhalterische Zusammenführung sowie eine Zuführung in Höhe von 31.343,81 EUR.

6.

Die Verbandsversammlung beschließt, dass der Jahresfehlbetrag in Höhe von 17.047,47 EUR, der im Betrieb gewerblicher Art (BgA) im Wirtschaftsjahr 2023 entstanden ist, aus den Gewinnrücklagen des BgA auszugleichen ist.

7.

Die Verbandsversammlung erteilt der Geschäftsleitung für das Jahr 2023 Entlastung.

Der bestellte Wirtschaftsprüfer für die überörtliche Prüfung hat am 2. Juli 2024 in seinem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk folgendes bescheinigt:

„Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die Angaben zum Abfallaufkommen und zu den Abfallmengen im Abschnitt „Rechenschaftsbericht zum Wirtschaftsjahr 2023“ haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbands zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die oben genannten nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Zweckverband unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Abschnitt „Prüfungsurteile“ genannten, nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts zum Abfallaufkommen und zu den Abfallmengen. Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen. Dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab. Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Falls wir auf Grundlage der von uns durchgeführten Arbeiten den Schluss ziehen, dass eine wesentliche falsche Darstellung dieser sonstigen Informationen vorliegt, sind wir verpflichtet, über diese Tatsache zu berichten. Wir haben in diesem Zusammenhang nichts zu berichten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Verbandsversammlung für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Verbandstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Verbandsversammlung ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Zweckverbands zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbands vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der SächsEigBVO i. V. m. den einschlägigen deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 32 SächsEigBVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als

Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Zweckverbands abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Verbandstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Zweckverbands zur Fortführung der Verbandstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise.

Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Verbandstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt,

dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbands vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Zweckverbands.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Plauen, 3. Juli 2024

KJF GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Schmidt
Wirtschaftsprüfer“

Der Jahresabschluss 2023 mit Lagebericht und Rechenschaftsbericht liegt in der Zeit vom 14. Oktober 2024 bis 22. Oktober 2024 im Zimmer 12 der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 09366 Stollberg, Schlachthofstraße 12, während der Sprechzeiten öffentlich zur Einsichtnahme aus.

Stollberg, den 19. September 2024

Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestsachsen (ZAS)
Michaelis
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Kulturraum Leipziger Raum
über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Haushaltssatzung
mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025**

Vom 25. September 2024

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 1 Absatz 5 des Sächsischen Kulturraumgesetzes wird der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2025

**vom 18. Oktober 2024 bis einschließlich
28. Oktober 2024**

im Kultursekretariat des Zweckverbandes Kulturraum Leipziger Raum, Nicolaistraße 12 in 04668 Grimma zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt.

Die Auslegung erfolgt in der Zeit von:

Montag bis Freitag von	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von	13:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Borna, den 25. September 2024

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung können

**vom 18. Oktober 2024 bis einschließlich
8. November 2024**

Einwendungen von Einwohnern und Abgabepflichtigen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2025 an folgende Adresse vorgebracht werden:

Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum
Kultursekretariat
Nicolaistraße 12
04668 Grimma

Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum
Graichen
Konventsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Zweckverbandes Kulturraum Leipziger Raum
über die öffentliche Auslegung des Entwurfes der Nachtragssatzung
mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024**

Vom 25. September 2024

Gemäß § 77 Absatz 1 in Verbindung mit § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 1 Absatz 5 des Sächsischen Kulturraumgesetzes wird der Entwurf der Nachtragssatzung mit Haushaltsplan 2024

**vom 18. Oktober 2024 bis einschließlich
28. Oktober 2024**

im Kultursekretariat des Zweckverbandes Kulturraum Leipziger Raum, Nicolaistraße 12 in 04668 Grimma zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt.

Die Auslegung erfolgt in der Zeit von:

Montag bis Freitag von	9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von	13:00 Uhr bis 16:00 Uhr

Borna, den 25. September 2024

Gemäß § 76 Absatz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung können

**vom 18. Oktober 2024 bis einschließlich
8. November 2024**

Einwendungen von Einwohnern und Abgabepflichtigen gegen den Entwurf der Nachtragssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 an folgende Adresse vorgebracht werden:

Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum
Kultursekretariat
Nicolaistraße 12
04668 Grimma

Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum
Graichen
Konventsvorsitzender

Bekanntmachung des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Feststellung des Jahresabschlusses 2023

Vom 25. September 2024

Der Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau gibt die nachfolgende Beschlussfassung Nummer 02/2024 der Verbandsversammlung aus der Sitzung vom 20. September 2024 bekannt:

Beschluss Nummer 02/2024

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau wurde gemäß § 58 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 88 der Sächsischen Gemeindeordnung durch die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Chemnitz aufgestellt. Die Verbandsversammlung stellt den geprüften Jahresabschluss des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau für das Haushaltsjahr 2023 fest.

Der RZV schließt seinen Haushalt 2023 mit folgenden Ergebnissen ab:

Ergebnisrechnung:

ordentliche Erträge	9.132.315,45 Euro
ordentliche Aufwendungen	6.938.429,70 Euro
ordentliches Ergebnis	2.193.885,75 Euro
außerordentliche Erträge	1.405.733,11 Euro
außerordentliche Aufwendungen	1.721.323,65 Euro
Sonderergebnis	-315.590,54 Euro

Gesamtergebnis als Überschuss: 1.878.295,21 Euro

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.

Das negative Sonderergebnis wird mit der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Finanzrechnung:

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	210.063,21 Euro
Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	2.856.120,01 Euro
Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit	-1.649.647,16 Euro

Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr 1.416.536,06 Euro

Vermögensrechnung:

Bilanzsumme 140.686.149,90 Euro

Die Verbandsversammlung nimmt den Bericht der Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Chemnitz zur örtlichen Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 des Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverbandes Zwickau/Werdau zur Kenntnis. Die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 hat zu keinen Einwendungen geführt. Durch das Prüfungsunternehmen wurde bestätigt, dass der Jahresabschluss sowie der Rechenschaftsbericht den kommunalrechtlichen Vorschriften des Freistaates Sachsen entsprechen.

Der Jahresabschluss 2023 mit Rechenschaftsbericht und Anhang wird in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes, Karl-Marx-Straße 12a in 08066 Zwickau zu den üblichen Geschäftszeiten ab

Montag, dem 21. Oktober 2024

zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt.

Zwickau, den 25. September 2024

Regional-Wasser/Abwasser-Zweckverband Zwickau/Werdau
Steffen Ludwig
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge
zur Durchführung der konstituierenden Sitzung
der Verbandsversammlung
(öffentliche Sitzung)**

Vom 23. September 2024

Die konstituierende Sitzung der Verbandsversammlung (64. Sitzung) des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge findet am Mittwoch, den 23. Oktober 2024, 18:00 Uhr im Veranstaltungszentrum „njumii“ der Handwerkskammer Dresden, Saal Pirna und Bautzen, Am Lagerplatz 8, 01099 Dresden statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Abstimmung zur Tagesordnung
2. Verpflichtung der Verbandsräte
3. Wahl des Verbandsvorsitzenden und seiner Stellvertreter
 - 3.1 Wahl eines Wahlausschusses
 - 3.2 Wahl des Verbandsvorsitzenden

- 3.3 Wahl des 1. Stellvertreters des Verbandsvorsitzenden
- 3.4 Wahl des 2. Stellvertreters des Verbandsvorsitzenden
4. Wahl der Mitglieder des Planungsausschusses und deren Stellvertreter
5. Berufung der beratenden Mitglieder der Verbandsversammlung und deren Stellvertreter
6. Information/Überblick über die anstehenden Aufgaben des Regionalen Planungsverbandes
7. FR-Regio (Förderrichtlinie Regionalentwicklung)
 - Bekanntgabe eines Eilbeschlusses
 - Anmeldung von Fördervorhaben für das Jahr 2025 – Beratung und Beschlussfassung
8. Ausweitung der Rechtsbegleitung auf laufende Planverfahren – Beratung und Beschlussfassung
9. Bekanntgaben, Anfragen, Informationen

Radebeul, den 23. September 2024

Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge
Stephan Kühn
1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden

Gerichte

Zivilgericht

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Aktenzeichen: 4 C 376/24

Die öffentliche Zustellung der Klageschrift vom 26. August 2024 und der gerichtlichen Verfügung vom 17. September 2024 wurde bewilligt.

Der Zustellungsadressat ist (mit letzter bekannter Adresse): Daniel Kaltenhauser, Festeburgstraße 78, 98749 Neuhaus a. Rennweg/Steinheid

Die genannten Schriftstücke können in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Hohenstein-Ernstthal im Zimmer 230 eingesehen werden.

Mit dieser öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Prozess-/Verfahrensgegenstand: Klageverfahren

Hohenstein-Ernstthal, den 17. September 2024

Amtsgericht Hohenstein-Ernstthal
Zivilgericht
Fries
Richter am Amtsgericht

Stellenausschreibungen

Die Städte Netzschkau und Reichenbach im Vogtland – als Teilgebiet des Städteverbundes Nordöstliches Vogtland – werden ein regionales Management zur Vorbereitung, Organisation und Steuerung der Umsetzung für das Schlüsselprojekt „Göltzschtalbrücke“ aufbauen.

Die **Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland** beabsichtigt, dafür die Stelle

Tourismus- und Regional-Management Göltzschtalbrücke (m/w/d)

zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Zu Ihren Aufgaben gehören im Wesentlichen:

- Leitung und Koordination des Regionalmanagements des Städteverbundes Nordöstliches Vogtland
- Organisation der Masterkonzeption mit konkreter Maßnahmeplanung (einschließlich Zeit- und Finanzierungsplan) und touristischem Konzept für das Schlüsselprojekt Göltzschtalbrücke
- Aufbau einer tragfähigen Organisationsstruktur (Zweckverband Göltzschtalbrücke) für die Vorbereitung, Organisation und Steuerung der Umsetzung
- Begleitung der konzeptionellen Vertiefung der Machbarkeitsstudie (zum Beispiel mit objektbezogenen Betreiber- und Nutzungskonzepten) einschließlich der touristischen Aspekte
- Koordination der verschiedenen Partner und Akteure
- Verantwortung für die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- Begleitung und Durchführung von Projekten, Veranstaltungen, Workshops
- enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbehörden (zum Beispiel Bund, Freistaat Sachsen, Landesdirektion Sachsen, Vogtlandkreis), dem Tourismusverband Vogtland e.V., der Deutschen Bahn und innerhalb der Städte des Städteverbundes Nordöstliches Vogtland
- Unterstützung privater Initiativen und Akteure zur Umsetzung des Gesamtvorhabens
- Begleitung der erforderlichen Voruntersuchungen (zum Beispiel Baugrund, Natur- und Gewässerschutz et cetera)
- Verantwortung für kosten-, qualitäts- und zeitgerechte Leistungserbringung, einschließlich professionellem Controlling zur Steuerung des Projektes
- Erstellen von umfassenden Dokumentationen beziehungsweise Statusberichten und Präsentation dieser vor Entscheidungsgremien, Partnern und Behörden/Ministerien, Fördermittelgebern
- Fördermittelakquise, -beantragung, -bearbeitung, -abrechnung, -nachweis
- Organisation und Begleitung des Gesamtprojektes

Wir erwarten:

- abgeschlossenes Studium (Hochschule, FH, BA) im Bereich Tourismusmanagement, Stadt- und Regionalmanagement, Verwaltungs-, Wirtschafts-/Betriebswissenschaften, Medien- und Sozialwissenschaften, Ingenieurwissenschaften oder ein vergleichbarer Abschluss
- Erfahrungen in der Arbeit der öffentlichen Verwaltung sowie der politischen Gremien
- selbstständige, strukturierte und ergebnisorientierte Denk- und Arbeitsweise
- hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Flexibilität
- Organisationstalent, ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit
- wünschenswert sind Erfahrungen in der Begleitung regionaler Entwicklungsprozesse und im Vergabe- und Förderrecht sowie gute Ortskenntnisse
- gute Englischkenntnisse
- gute Kenntnisse im Bereich MS-Office
- Führerschein Klasse B

Wir bieten:

- Besetzung einer Vollzeitstelle mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 39 Stunden
- befristet bis 30. November 2025
Die Verlängerung der Stelle wird unter der Voraussetzung der Kofinanzierung durch Fördermittel angestrebt. Eine weitere Möglichkeit zur Verstetigung der Stelle ist die Fortsetzung als Geschäftsführer (m/w/d) in dem noch zu gründenden Zweckverband.
- Eingruppierung erfolgt nach EG 10 TVöD
- Probezeit 6 Monate
- betriebliche Altersvorsorge
- gleitende Arbeitszeit

Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei gleicher fachlicher und persönlicher Eignung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bevorzugt berücksichtigt. Ein entsprechender Nachweis über das Vorliegen einer Schwerbehinderung beziehungsweise Gleichstellung ist bitte in Kopie beizufügen.

Bewerbungen richten Sie bitte mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Qualifizierungsnachweisen, Arbeitszeugnissen und Beurteilungen **bis zum 30. Oktober 2024** an

**Stadtverwaltung Reichenbach im Vogtland,
Stabsstelle, Abt. Hauptverwaltung/Personalwesen,
Markt 1, 08468 Reichenbach im Vogtland,
E-Mail: personalwesen@reichenbach-vogtland.de**

Wir weisen darauf hin, dass wir als Einrichtung des öffentlichen Dienstes für die Teilnahme an Eignungstests und Vorstellungsgesprächen keine Reisekosten erstatten können.

Datenschutzhinweise: Mit Ihrer Bewerbung willigen Sie ein, dass Ihre Daten bis zur Beendigung des Auswahlverfahrens gespeichert und verarbeitet werden. Ausführliche Informationen dazu finden Sie auf unserer Homepage www.reichenbach-vogtland.de unter der Rubrik Service/Datenschutz.